

DVPB c/o Prof. Dr. Dirk Lange, Institut für Politische Wissenschaft,
Leibniz Universität Hannover, Callinstraße 20, 30167 Hannover

Kontakt
Dr. Moritz Peter Haarmann (Geschäftsführer)
geschaeftsfuehrung@dvpb.de

www.dvpb.de

Hannover, 16.03.2016

Demokratie stärken – Politische Bildung ausbauen

Der Zulauf rechtspopulistischer und rechtsextremer außerparlamentarischer Organisationen und die jüngsten Wahlergebnisse auf Kommunal- und Landesebene zeigen: die demokratische Substanz in Deutschland erodiert. Immer mehr Menschen in Deutschland verbinden wirtschaftliche und kulturelle Ängste mit politischen Ressentiments. Wie nie zuvor in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wird deutlich: Die Demokratie lebt von der demokratischen Kultur ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Die Grundlage für einen verantwortungsbewußten Souverän wird in den Schulen gelegt. Die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung (DVPB) appelliert vor diesem Hintergrund, die Politische Bildung bundesweit zu stärken und damit dem Demokratie-Auftrag von Schule und Gesellschaft nachzukommen.¹

Die DVPB fordert die Kultusministerinnen und Kultusminister aller Bundesländer auf:

- (1) Politische Bildung in allen staatlichen Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen zu verankern und in allen staatlich zertifizierten Bildungsgängen zu gewährleisten.
- (2) An allen allgemeinbildenden Schulen ab dem 5. Schuljahr ein Pflichtfach der Politischen Bildung sicherzustellen, das durchgängig mit mindestens zwei Wochenstunden pro Schulhalbjahr unterrichtet wird. Dieses Unterrichtsfach muss die Inter- und Transdisziplinarität der Politischen Bildung berücksichtigen. Denn politisch verantwortungsbewußt urteilen und handeln kann nur, wer gesellschaftliche Herausforderungen in ihrer Mehrdimensionalität erfasst und auf demokratische Werte bezieht.
- (3) Endlich ausreichend Fachlehrkräfte für die Unterrichtsfächer der Politischen Bildung einzustellen. So wurden im Schuljahr 2014/2015 beispielsweise im Fach „Politik-Wirtschaft“ an den allgemeinbildenden Schulen in Hessen in der neunten Jahrgangsstufe am Gymnasium 46,6%, an der Realschule 44,9% und an der Hauptschule sogar 55,6% der Unterrichtsstunden fachfremd erteilt (Hessischer Landtag 2015, Anlage 14),² für einzelne Jahrgänge fallen die Zahlen noch dramatischer aus (vgl. ebd.).

Politische Bildung ist keine Nebensache, sondern das Fundament einer vitalen Demokratie!

¹ Vgl. Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 06.03.2009: Stärkung der Demokratieerziehung. Berlin: Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland.

² Hessischer Landtag (2015): Antwort der Landesregierung auf die große Anfrage der Abgeordneten Degen, Geis, Hartmann, Hofmeyer, Merz, Qaunz, Yüksel (SPD) und Fraktion betreffend Unterrichtssituation und Lehrkräftebedarf in Hessen. Wiesbaden: Hessischer Landtag, Drucksache 19/2933 vom 14.12.2015.